

durch das administrative Reglementierungs- und Befehlssystem zur Planung und Leitung immer mehr eingeschränkt. (*Beifall*)

Die Folgen dieser Politik und der bisherigen Gesellschaftsstrategie insgesamt sind die Entfremdung der Bauern von Grund und Boden, die durch die Trennung von Pflanzen- und Tierproduktion verstärkt wurde, eine Zunahme der Disproportionen, die unzureichende Mechanisierung und der wachsende Verschleiß der Grundfonds, eine nicht ökonomiegerechte Produktion und vieles andere.

Fakt ist, daß die Landwirtschaft zwar die wachsenden Anforderungen an die Versorgung mengenmäßig weitestgehend sicherte; ihre Produktivitätsentwicklung verlangsamte sich jedoch, sie blieb gegenüber entwickelten kapitalistischen Ländern zunehmend zurück.

Bei weiterer Ausgestaltung des genossenschaftlichen Eigentums sollen gleiche ökonomische Bedingungen für alle Eigentumsformen gesichert werden. Über die reale Eigenverantwortung der Genossenschaften für ihren Reproduktionsprozeß gilt es, alle Möglichkeiten zur Steigerung der Effektivität zu erschließen. Sie sollten das volle Nutzungsrecht über den Boden sowie ihre Fonds haben und über differenzierte Organisationsformen das Eigentümerbewußtsein ihrer Mitglieder fördern.

Unsere Partei unterstützt die berechtigten Forderungen von Genossenschaftsbauerinnen und -bauern nach einer besseren materiell-technischen Versorgung. Die tausend kleinen Dinge zur Aufrechterhaltung und Stabilisierung der Produktion und vor allem mehr Ersatz- und Verschleißteile halten wir jetzt für das Wichtigste. Wenn nötig, sollte hier die Regierung Entscheidungen gegen den Export fällen. (*Beifall*)

Es ist unerlässlich, die Leitung der landwirtschaftlichen Produktion schrittweise durch eine am Bedarf bzw. Markt orientierte Lenkung mit ökonomischen Mitteln zu ersetzen. Unsere Unterstützung hat die Schaffung von Interessenvertretungen der Genossenschaften und anderen Agrarbetriebe gegenüber der Industrie, dem Handel, dem Territorium und dem Staat. Letzterer muß den Inlandmarkt der DDR schützen und damit die Entwicklungsmöglichkeiten der Genossenschaften sichern. Der Exodus landwirtschaftlicher Betriebe in der DDR darf nicht zugelassen werden.

Es geht darum, die durch die planmäßige Arbeitsteilung möglichen Produktivitätsvorteile insbesondere durch die Spezialisierung der Produktion in und zwischen den Genossenschaften konsequent zu entwickeln und zu nutzen, aber die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion zu überwinden. Dabei halten wir die Aufrechterhaltung bewährter Strukturen für notwendig. Auf keinen Fall darf die Versorgung der Bevölkerung zu einem Feld leichtfertiger Experimente werden.

Die Genossenschaften und anderen Agrarbetriebe haben hohe Verantwortung für das Dorf und damit für die Lebensbedingungen der Bauern und anderen Dorfbewohner. Die Abgaberegelungen sollten dieses Anliegen wirkungsvoll unterstützen. Wir sprechen uns auch für die Förderung einer bedarfsgerechten individuellen Nebenproduktion besonders zur Verbesserung der Versorgung der